

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XIX./155

Bonn, den 17. August 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>"Bonn verfolgt mit besorgtem Interesse"</u> Frankreichs Kreditpolitik mit Ostblockländern	64
3	<u>Glosse:</u> <u>Die Sorgen des Herrn Kai Uwe von Hassel</u>	32
	Uniformtragen nach Dienstschluß ?	
4	<u>"Das Phänomen Franz Josef Strauß"</u> Bedenkliches Dokument politischer Ignoranz	43
5 - 6	<u>Griechenlands Sozialisten einigten sich</u> Ein Schritt nach vorn Von Georg Vouklatos, Bonn.	35

+ + + + +

17. August 1964

"Bonn verfolgt mit besorgtem Interesse"

Frankreichs Kreditpolitik mit Ostblockländern

G.M. - Offenbar angeregt durch einige Zeitungsmeldungen in der vergangenen Woche hat nun endlich auch die Bundesregierung zu einem Problem Stellung genommen, das bedauerlicherweise die an sich guten deutsch-französischen Beziehungen zu belasten droht. Es handelt sich hierbei um die verstärkten Bemühungen der Ostblockländer - einschließlich Polens - in Frankreich Boden zu gewinnen.

Nach langem, langem Schweigen erklärte am vergangenen Wochenende der Sprecher der Bundesregierung in Bonn verfolge man "mit besorgtem Interesse" Tendenzen der französischen Regierung, ihre Kreditpolitik gegenüber dem Ostblock aufzulockern. Obwohl man also zugibt, daß man von der eigenartigen Haltung offizieller und offiziöser französischer Stellen Kenntnis hat, erklärt Bonn jedoch überraschenderweise, offiziell sei man darüber von Paris noch nicht unterrichtet worden. Etwas vorlegen wird zusätzlich gesagt, der Wandel in der französischen Haltung in der Frage der Kreditbegrenzungen für Ostblockländer auf die Dauer von fünf Jahren sei der Bundesregierung "aus den ständigen deutsch-französischen Konsultationen seit längerem bekannt".

Zur Sache ist zu bemerken, daß sich die NATO-Partner im sogenannten Berner Abkommen darauf geeinigt haben, Ostblockländern keine Exportkredite für die Lieferung von Investitionsgütern mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren einzuräumen.

Man wird in Bonn beruhigend darauf verwiesen, die französische Wirtschaft könne ohne ausdrückliche Genehmigung der Regierung keine längerfristigen Kredite an den Ostblock einräumen.

- * Diese Behauptung ist nur eine halbe Wahrheit. Tatsache
- * ist, daß die französische Regierung einzelnen Firmen unter-
- * sagen kann, das Fünfjahres-Limit zu durchbrechen. Tatsache
- * ist aber ebenfalls, daß namhafte französische Firmen mit Un-
- * terstützung französischer Bankinstitute in Vorbereitung der
- * Leipziger Messe schon seit längerer Zeit mit mehreren Ost-
- * blockländern - darunter auch mit Wirtschaftsbeauftragten
- * des Bankow-Regimes - Kreditvereinbarungen aushandeln, bei
- * denen von der Fünfjahresgrenze überhaupt nicht mehr die Rede
- * ist.

17. August 1964

Es steht der Regierung in Bonn schlecht an, so zu tun, als würden die betreffenden französischen Firmen nicht im mindestens stillschweigenden Einverständnis mit der französischen Regierung handeln. Einige dieser Firmen haben auch zu westdeutschen Firmen engste Verbindung, so daß kaum anzunehmen ist, daß man über das Vorhaben der Durchbrechung des Berner Vertrages nicht in Bilde sei.

Nun könnte man aus wirtschaftlichen und politischen Erwägungen durchaus der Meinung sein, daß die in Bern vereinbarte Fünfjahresgrenze für Kredite an Ostblockländer, die auch von anderen NATO-Mitgliedern (z.B. England und Italien) bereits durchbrochen wurde, nicht mehr zu halten ist.

- * Dann soll man aber hier in Bonn nicht wie die Katze um den heißen Brei herumreden. Man soll klare Verhältnisse schaffen, offen sagen, was man will oder was man nicht will und vor allem aber mit demjenigen NATO-Partner, mit dem man seit über einem Jahr einen besonderen Freundschaftsvertrag hat, so reden, daß nicht wieder einmal durch den Austausch von Halb- und Halbwahrheiten eine Verschlechterung des deutsch-französischen Verhältnisses eintritt.

Es ist auch noch etwas anderes dabei zu überlegen: Aus Paris erhalten wir immer häufiger Informationen, aus denen eindeutig hervorgeht, daß im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich zwischen Pankow und Paris Verbindungen angeknüpft werden, die ihre Stützpunkte in der sowjetischen Handelsmission in Paris haben. Auch im gewerkschaftlichen Sektor hat sich in letzter Zeit zwischen Pankow und Paris, über den Kopf von Bonn hinweg, mit Stützpunkten in der Zentrale des kommunistisch gelenkten französischen allgemeinen Gewerkschaftsbundes (CGT) einiges entwickelt, was der französischen Regierung nicht entgangen sein dürfte.

Deswegen sind die von den offiziellen Sprecher der Bundesregierung als "seit längerem bekannt" zugegebenen Veränderungen in der französischen Haltung aufmerksamer zu beobachten, als durch gelegentliche und verlegene Mitteilungen über Kreditprobleme zum Ausdruck kommt.

17. August 1964

Glosse:

Die Sorgen des Herrn Kai Uwe von Hassel

Uniformtragen nach Dienstschluss ?

P.M. - Kaum hat sich der Bundesverteidigungsminister von den Strapazen bei der Diskussion über die notwendige Stärkung der inneren Führung in der Bundeswehr etwas erholt, da stürzt er sich schon wieder ins Gefecht. Ob das daher kommt, weil Herr von Hassel ein Bundestagsmandat sucht und deswegen Schlagzeilen in der Presse braucht, oder ob er glaubt, daß durch häufigeres Uniformtragen die Bundeswehr aufgewertet wird, wissen wir natürlich nicht.

Herr von Hassel meinte in Itzehoe, es stehe einem jungen Soldaten gut zu Gesicht, auch nach dem Dienst Uniform zu tragen. Einen Vorschlag von Unterführern, den Uniformzwang zumindest für die ersten drei Monate der Dienstzeit einzuführen, nannte Herr von Hassel "ausserordentlich interessant". Vorsichtshalber fügte er jedoch hinzu, es sei wahrscheinlich, daß die Politiker dem Uniformzwang Widerstand entgegensetzen würden.

Da hat Herr Hassel einmal ein wahres Wort gelaßen ausgesprochen, sicher nicht nur in Kenntnis der Stimmung unter den Abgeordneten, sondern auch unter Berücksichtigung des Wunsches vieler junger Soldaten, das Uniformrecht nach Dienstschluss auszuüben zu dürfen.

Aber warum will man bei uns alles immer gleich reglementieren? Es gibt Länder mit gar nicht schlechten Armeen, in denen man es den Soldaten freistellt, welchen Anzug sie nach Dienstschluss anziehen. Wollte man wirklich den Vorschlag jener Unterführer befolgen, käme man bestimmt wieder zu einer Art "Anzugshierarchie" im Heer. Wer es sich von Haus aus leisten kann, bei einem guten Schneider einen pikanten Ausgehanzug anfertigen zu lassen, wird es vielleicht tun und dadurch seine Kameraden auf der Promenade in Garnisonsstädtchen ausstecken, die nicht das Glück haben, Söhne wohlhabender Väter zu sein.

Was mag nun in den Herrn von Hassel gefahren sein? Er sollte dafür sorgen, daß zunächst einmal die innere Führung der Bundeswehr in Ordnung kommt, bevor er sich Gedanken darüber macht, ob die jungen Soldaten nach Dienstschluss Uniform tragen oder in Zivil spazieren gehen.

"Das Phänomen Franz Josef Strauß"

Bedenkliches Dokument politischer Ignoranz

ES - Im Schaukasten des CSU-Ortsverbandes einer mittelgroßen unterfränkischen Gemeinde ist der Text ausgehängt, den wir nachstehend veröffentlichen. In Hunderten von Schaukästen finden sich ähnliche Pamphlete. Wenn wir eines davon veröffentlichen, so nur deshalb, weil es ein typisches Dokument für den Grad der Verblendung und politischen Ignoranz ist, in die Franz Josef Strauß seine Anhängerschaft geführt hat.

Hier der Text:

"Das Phänomen Franz Josef Strauß
Viel Feind - viel Ehr! Vereidete und bewundert.
Seine Persönlichkeit vor Format.

Im August 1963 wurde Franz Josef Strauß allen Anfeindungen zum Trotz mit einer Mehrheit von achtzig Prozent in München wieder zum Landesvorsitzenden der CSU gewählt. Als Magnet für Hunderttausende bayerischer Wähler hatte sich Strauß bereits in den Jahren vorher erwiesen und seine Anziehungskraft hat auch in den letzten Jahren trotz des Beschusses aus unbekanntem, bekannten und sehr bekannten Kreisen nicht nachgelassen.

Es gibt wohl in der ganzen Bundesrepublik kein Stichwort, das auch heute, die sich gewöhnlich nicht um Politik kümmern, so aus ihrer Reserve zum Sprechen und Diskutieren lockt, als das Stichwort Strauß.

Während ein Teil, und nicht nur in Bayern, in ihm das einzige echte politische Talent neben Konrad Adenauer sieht, folgen die anderen willig dem kürzlich zurückgetretenen Vorsitzenden der bayerischen SPD, Waldemar von Knoeringen, wenn er das Bild von der "negativen Symbolfigur" zeichnet.

Als nützliche Helfer der Kommunisten zeichneten sich unsere Superdemokraten aus, als sie Strauß 1962 zum Rücktritt zwangen, obwohl ihm bis heute keine einzige Verfehlung nachzuweisen ist.

Strauß ist wohl ein vitaler Politiker, aber ein Mann, der ehrlich nach dem Besten für sein Land strebt, der dem Volk auf's Maul schaut, der die Heuchelei ablehnt, kurz gesagt, der eine Persönlichkeit ist mit all ihren Stärken und Schwächen, ein Mensch mit Herz.

Mitglieder der CSU bevorzugen seit der Gründerzeit in den ersten Nachkriegsjahren diese starken Persönlichkeiten in der Parteiführung. Sie wollten tatkräftige Männer, die etwas darstellen und keine scheinheiligen.

Mit diesem Rezept hat die CSU Erfolg gehabt. Sie vertritt heute mehr als die Hälfte des bayerischen Volkes in den Parlamenten in München und Bonn. Gibt es einen besseren Beweis für die Qualität ihrer Führungsspitze?"

Freunde von Franz Josef Strauß haben gelegentlich gesagt, das einzige, was sie ihrem "Franz" übernehmten, sei, daß er sich zu oft habe erwischen lassen...

17. August 1964

Griechenlands Sozialisten einigten sich

Ein Schritt nach vorn

Von Georg Voukelatos, Bonn

Das Unglück des griechischen Sozialismus in den Nachkriegsjahren war die Spaltung und die Zersplitterung der eigenen Kräfte. Obwohl es zwischen den verschiedenen sozialistischen Gruppen des Landes keinen ideologischen Unterschied gab - alle Gruppen bekannten sich zu den Grundsätzen des demokratischen Sozialismus -, war in allen diesen Jahren eine Einigung zum Aufbau einer tragfähigen Position im politischen Leben Griechenlands nicht möglich. Die sozialistische Bewegung war hauptsächlich auf Grund von Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf Taktik und der erhaltenden Diskussion über die Schuld an den Fehlern der Vergangenheit, die zur Resignation der ganzen Bewegung geführt hatten, auseinandergefallen.

Bisher existierten in Griechenland drei sozialistische Gruppen: "Die sozialistische Liga", "Die sozialistische Union" (zuletzt auch in "Sozialistische Partei" umbenannt) und der "Sozialistische Club". Es war kein Geheimnis, daß sich von allen diesen drei Organisationen der "Sozialistische Club" in Bezug auf Mitgliederzahl, gewerkschaftliche Unterstützung, organisatorisches Leben und politische Aktivität und nicht zuletzt wegen des Einflusses seiner Sektion in der Bundesrepublik bei den griechischen Gastarbeitern und Studenten wesentlich von den anderen sozialistischen Gruppen unterschied. Es wäre jedoch ein großer Fehler gewesen, wenn der "Sozialistische Club" starrsinnig seine Bemühungen zur Gründung einer sozialistischen Partei allein, ohne Zusammenschluß aller Kräfte, die auf dem Boden des demokratischen Sozialismus stehen, verfolgt haben würden.

Die politische Entwicklung in Griechenland zwingt heute alle drei Gruppen, sich unter einem Dach zu finden und alle Bestrebungen zur Vorbereitung der Gründung einer sozialistischen Partei mit ausreichender Volksbasis zu konzentrieren.

Es ist bekannt, daß die sozialistischen Gruppen während des Kampfes um die Wiederherstellung der Demokratie in Griechenland entschieden und mit allen Mitteln auf der Seite der Zentrumunion unter Papandreu gekämpft haben. Dadurch haben sie auch die Einschaltung

der Sozialistischen Internationale gegen die Methoden des Karanalis-Regimes erreicht. Somit haben sie Anteil an dem Sieg der Demokratie am 16. Februar dieses Jahres. Dieser Sieg brachte für das griechische Volk die Wiederherstellung seiner Grundrechte und das normale Funktionieren eines demokratischen Staates. Die sozialen Maßnahmen, die das griechische Volk vor dem politischen Wechsel erwartet hatte, blieben zum Teil noch aus. Die seit Dezember vorigen Jahres alle Energien der Regierung Papandreu in Anspruch nehmenden Versuche zur friedlichen Beilegung des Zypernkonfliktes haben die Gefahr des Anwachsens rechts- oder linksradikaler Kräfte mit sich gebracht. Das Resultat der letzten Kommunalwahlen war für die griechische Demokratie eine Warnung. Man fürchtet, daß sich im Falle des Ausbleibens durchgreifender Maßnahmen im sozialen und wirtschaftlichen Bereich die Wähler entweder der radikalen Linken oder der extremen Rechten zuwenden werden.

Alle diese Gründe gaben das Signal für die griechischen Sozialisten zum sofortigen Zusammenschluß der drei Gruppen. Dies war ein erster Schritt auf dem Wege zur Gründung einer lebensfähigen sozialistischen Partei. Vor einigen Tagen wurden die Gespräche für die Einigung erfolgreich abgeschlossen und ein neunköpfiges Komitee als Koordinationsgremium zusammengesetzt. Man einigte sich darüber, eine gemeinsame Prinzipienklärung zu veröffentlichen und die notwendigen Vorbereitungen zur Durchführung des ersten Kongresses, der für den 1. November 1964 einberufen worden ist, zu treffen.

Die griechischen Sozialisten hoffen jetzt, daß sie sowohl mit der Sozialistischen Internationale als auch mit den Bruderparteien in Europa in engen Kontakt zusammenarbeiten können.

Inzwischen bemüht sich die "Vereinigte Sozialistische Bewegung" (Bezeichnung nach dem Zusammenschluß) um ihre offizielle Anerkennung durch die Sozialistische Internationale.